



Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző:

Cím: *Die Zukunft Budapests*

Forrás:

Tagesbote

Brünn 1924. 9. 4.

(Idő)

(Köt. v. fi)

Osztályozás

Tárgy

725.091

Hely

Idő

"1924"

Személy

Die Zukunft Budapests.

(Von unserem F. R.-Berichterstatter.)

Vorweg sei bemerkt, daß es sich im folgenden nicht etwa um die bauliche Entwicklung unserer Landeshauptstadt handelt — die seit Jahren, leider, vieles zu wünschen übrig läßt —, sondern um deren Leitung und Verwaltung, die seit Monaten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Hauptstädte sind politisch-wirtschaftlich-kulturelle Herzzentren der betreffenden Länder, daher die ausschlaggebende Bedeutung, die ihnen nach innen und außen zukommt. Sind Herz und Kopf eines Gemeinwesens nicht am rechten Fleck, vollzieht sich der Kreislauf des Blutes nicht in geordneter Weise, ja, sind in dieses Blut selbst Giftstoffe eingebracht, dann treten Krankheitsercheinungen zutage, die die Bevölkerung in erster Reihe in Mitleidenschaft ziehen, in weiterer Folge jedoch auch auf Land und Ausland auswirken. Zwischen Stadt und Land bestehen ohnehin mehr minder große Gegensätze und das Ausland bildet in erster Reihe auf die Hauptstadt, aus deren Lage es — oft zu Unrecht — Rückschlüsse auf das ganze Land zieht. Dieser Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung hat sich bei uns zum Nachteil der ersteren nach dem Kriege noch verschärft, da das veritümelte Ungarn im Begriffe steht, sich stets mehr zu einem landwirtschaftlichen Staate umzugestalten.

Ehe wir die Zukunft Budapests besprechen, müssen wir der besseren Einsicht halber die Vergangenheit und Gegenwart darlegen. Vor etwa 5 Jahren als nach dem Zusammenbruch der Käteregierung die Gemeindevahlen stattfanden, ahnte die freisinnige Bürgerschaft, die ihr drohende Gefahr nicht, ebenso wenig die Arbeiterchaft, die auf Beschluß der sozialdemokratischen Parteileitung, sich an den Wahlen nicht beteiligte. Infolge dieser kurzfristigen Abstinenzpolitik gelang es den mit dem verfallenden christlich-nationalen Schlagwort werbenden Rassenhütlern, mit erdrückender Mehrheit in das Rathaus einzuziehen. Der fassam bekannte, berüchtigte „Kurs“ hat sich auch dort eingenistet, um Jahre hindurch mit seiner rückwärtlichen Herrschaft die Stadt zu verewaltigen. Unter gänzlicher Außerachtlassung des Gemeinwohls wurde in der Leitung und Verwaltung ein bis zur Gefährlichkeit unzulässiger Geist allein herrschend, dem bloß die Interessen der engsten Parteigenossen heilig waren und dem überdies die notwendigsten Fachkenntnisse mangelten. Jede fortschrittliche Bewegung wurde bereits im Keime erstickt, ja die Willkürherrschaft dieser exreaktionären Machthaber ging so weit, die oppositionelle Minderheit von den Verhandlungen vollkommen auszuschließen.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die Lage der Hauptstadt hat sich während dieser mehrjährigen Mißwirtschaft nach allen Richtungen gründlich verschlimmert. Für die Verwaltung wurde ein Beamtenheer unterhalten, das viel zu umfangreich und übermäßig kostspielig ist. Um die stets anwach-

senden Fehlbeträge weitzumachen, wurden der Bevölkerung fortwährend neue Lasten auferlegt, die Preise für Gas, Elektrizität, Straßenbahn, Wasser usw., kurz für alle städtischen Betriebe, fast von Monat zu Monat erhöht, ohne das finanzielle Gleichgewicht herstellen zu können. Ebenso arg ist es mit den gesellschaftlichen und kulturellen „Errungenschaften“ dieser Machthaber bestellt. Endlich schien der lang ersehnte Augenblick gekommen, um mit diesem Krebsübel gründlich aufzuräumen. Die Dauer ihrer Betrauung war abgelaufen und die Zeit einer heilsamen Wiedergeburt in unmittelbarer Nähe gerückt. Leider verzögerte sich der Umschwung und bereits vor Monaten mußte mit einem Ministerialbeamten als Regierungskommissär eine Zwischenherrschaft, eine Art Übergangswirtschaft eingerichtet werden, da das neue hauptstädtische Gesetz von der Nationalversammlung nicht zeitgerecht erledigt wurde, somit auch die Neuwahlen nicht ausgeschrieben werden konnten. Inzwischen haben sich die gemäßigten und endlich zur Einsicht und Einkehr

* Übrigens ein schönes öffentliches Recht, mit dem wir es da zu tun hatten! Auch privatrechtlich, als Darlehen, nimmt man dem Mutterl das Geld ab, auf öffentlich-rechtlich mag es dann Hungers sterben!

gelangenen Elemente der bisherigen Mehrheit von ihrem Führer, dem Herrn Karl v. Wolff (der trotz seines urdeutschen Namens sich als Vollblut-Rassenhübler gebärdet) losgesagt und auch das so lange geknebelte und mißhandelte freisinnige Bürgertum rüstet gewaltig zu einem entscheidenden Sieg. Der reaktionäre Generalstab, der den Boden unter sich bedenklich schwanken fühlt, bietet nun alles auf, um die so lieb gewordene Herrlichkeit auch weiter behalten zu können. Doch ohne Aussicht, da das freie Bürgertum eine Mitarbeit mit ihnen, selbst um den Preis von Zugeständnissen, entschieden ablehnt. Im Bewußtsein ihrer Ohnmacht haben die nun so kläglich abgewirtschafteten Machthaber zu verwerflichen Kniffen Zuflucht genommen und sind sogar davon nicht zurückgeschreckt, die Wählerlisten zu fälschen. Das ist ein Kapitel für sich, zieht sich ebenfalls seit Monaten hin und hat schier unglaubliche Mächenschaften aufgedeckt. Hier nur so viel, daß unter den verschiedensten nichtigen Vorwänden viele Zehntausende von — natürlich freisinnigen und fortschrittlichen — Wählern aus den Listen gestrichen wurden und die demokratische Partei ein eigenes Amt errichtet hat, um die betreffenden Beschwerden entgegenzunehmen und den Einsprüchen Geltung zu verschaffen. Nach einer Zählung dieser Parteileitung soll der Zentralwahlausschuß im Vorjahre nicht weniger als 55.000 Bürgern ihr Wahlrecht entzogen haben, wozu neuer weitere 12.884 kamen. Hiernach würde die Zahl der Entrechteten nahezu ein Drittel sämtlicher Wahlberechtigten betragen.

Die Regierung selbst hat endlich die Unhaltbarkeit dieses Zustandes erkannt und sich entschlossen, an Stelle des bisherigen Regierungskommissärs, der sich ausschließlich auf die technische Verwaltung beschränkt hat, eine Persönlichkeit zu stellen, die neben einer umfassenden Kenntnis des Betriebes einer Hauptstadt, auch über die notwendige politische Verlässlichkeit und Geschultheit verfügt. Nach Wochen andauernder Verhandlungen scheint man für diesen verantwortungsvollen Posten den derzeitigen Leiter der hauptstädtischen Gaswerke, Franz Ripka, ausgewählt zu haben, dessen Ernennung unmittelbar bevorsteht. Herr Ripka hat sich in seiner früheren Stellung glänzend bewährt und sich erst kürzlich als unentwegter Anhänger der vom St. Bethlen befolgten Politik bekannt. Hiermit erscheint auch für Budapest der Weg der Sanierung betreten und in dessen Entwicklung ein neuer und besserer Zeitabschnitt anzuheben. Gekrönt und vollendet wird das Werk allerdings nur im nächsten Jahre, gelegentlich der Neuwahlen, die auf Grund eines erst zu erbringenden Gesetzes erfolgen können. Dann wird sich hoffentlich das Wort bewahrheiten, daß Budapest besser ist als sein Ruf.